

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.
Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstraße 60

Abonnements-Verstellungen, Anzeigen etc. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.
Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne
Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband
1,70 Mk.
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.
Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 21.

Berlin, den 24. Mai 1908.

9. Jahrgang.

Kollegen, betreibt mit Hochdruck die Agitation!

Inhaltsverzeichnis.

Revolution oder Organisation? — Krankenkassen-
kongress. — Rundschau: Die Aussperrung im Hamburger Bau-
gewerbe. Ueber die Bauhülfsarbeit schreibt die „Arbeitsmarkt-
Korrespondenz“. Stimmungsterminismus. „Freie“ Gewerkschaft und
Sozialdemokratie. „Der Konsumverein“. Abwehrmaßnahmen der
Klein-Wahlwerke. Landarbeiterstreik in Italien. — Wirtschaft-
liche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Schleiz, Andernach,
Göhr, Bocholtz und Sempelfeld. Bezirk Danzig. Kall. Posen.
Weylar. Eiterfeld. — Soziale Rechtsprechung. — Von den
Arbeitsstellen. — Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.
— Bekanntmachungen. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Revolution oder Organisation?

Der Gedanke der Eroberung der politischen Macht
als das Mittel, aus der kapitalistischen Produktionsweise heraus
zu dem sozialdemokratischen Zukunftsstaat zu gelangen, findet
sich sowohl bei den Vätern der heutigen Sozialdemokratie,
Friedrich Engels und Karl Marx, als auch bei deren maßgebenden
Nachfolgern. Und bei den sozialdemokratischen Massen bildet
er einen allgemein verbreiteten Glaubenssatz. Mit aller Schärfe
ist die Notwendigkeit der Eroberung der politischen Macht zur
„Erlösung des Proletariats“ noch in letzter Zeit auf dem
sozialdemokratischen Parteitag zu Dresden im Jahre 1903 betont
worden, wo, um die mangelhaften revolutionären Sinne ver-
dächtigten Revisionisten abzuschlagen, in einer besonderen Reso-
lution den „Genossen“ erneut eingeschärft wurde: „Der Parteitag
berurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen
Bewegungen, unsere bewährte Taktik in dem Sinne zu ändern,
dass an Stelle der Eroberung der politischen Macht
durch Ueberwindung unserer Gegner eine Politik
des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge
tritt. Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre,
dass aus einer Partei, die im besten Sinne des Wortes revo-
lutionär ist, eine Partei tritt, die sich mit der Reformierung
der bürgerlichen Gesellschaft begnügt.“

Einen Kommentar zu dieser Resolution lieferte auf dem
genannten Parteitag der gestrenge Behüter der unverfälschten
sozialdemokratischen Parteibogen, Karl Kautsky, indem er dort
nach dem Protokoll (S. 383) folgendes ausführte:

Unsere bisherige Taktik ging dahin, daß wir immer rük-
sichtslos vorwärtsdrängten, daß wir dadurch die Gegen-
sätze zu den herrschenden Klassen immer mehr
erweiterten, die herrschenden Klassen immer
mehr gegen uns erbitterten, daß wir mit jedem
Zuwachs an Macht den Besonderen immer mehr Furcht ein-
flößten, daß sich die Konflikte immer mehr zu-
spitzten, so daß wir schließlich Zuständen entgegenbrängen,
wo es eine große Entscheidung gibt, in der wir
dann gezwungen sind, den Gegner niederzuwerfen und ihm
die Macht abzunehmen. Das war unsere bisherige
Taktik.

So sollte es nach dem Beschlusse des sozialdemokratischen
Parteitages auch in Zukunft in der Sozialdemokratie ge-
halten sein!

Diese revolutionäre Taktik der Partei paßt allerdings so
recht nicht zu der Taktik derjenigen Leute in der Sozialdemokratie,
die, um zu dem sozialdemokratischen „Ziel“ zu gelangen,
weniger auf die Eroberung der politischen Macht auszugehen
wünschten, denn auf planmäßige friedliche Organisations-
und Reformarbeit. Diesen Gedanken halten vornehmlich
die sogenannten Revisionisten hoch, und obwohl man ihnen
in dieser Beziehung an der wahren Lehre wiederholt von Partei-
tagswegen aufs Haupt gekommen ist, treten sie doch mit dem-
selben immer wieder hervor, um ihn in den Massen Raum zu
verschaffen. So eben wieder in der neuesten Nummer (10 vom
1. Mai) der „Sozialistischen Monatshefte“, „Genosse“ Ed-
mund Fischer. Den alten Glauben, „die Unerträglichkeit
der heutigen Gesellschaft werde einmal die Mehrheit der Wähler
veranlassen, durch Ergreifung der Staatsgewalt die kapitalistische
Produktion in eine sozialistische umzuwandeln“, bezeichnet er
als einen großen Irrtum und führt demgegenüber aus:

Wenn es also richtig ist, daß die Staatsgewalt, die
Gesetzgebung, keinen neuen ökonomischen Zustand schaffen
kann, daß sie nur anerkennen, einheitlich ordnen und fest-
binden kann, was sich im Volke entwickelt hat, das heißt vom
Volke organisiert wurde, dann kann mittels der Staats-
gewalt auch keine sozialistische Produktion ge-
schaffen werden. Was sich vor unsern Augen abspielt und
womit sich Karl Marx beschäftigte, das war die Entwicklung
der kapitalistischen Produktion, und die heutige Gesetzgebung
kann daher auch nur dieser Entwicklung folgen. Der Marxsche
Schluß, daß das Proletariat einmal die Staatsgewalt ergreifen
und dann die kapitalistische Produktion in eine sozialistische
umwandeln werde, war eine Konsequenz der Zusammen-
hangstheorie. Nachdem aber diese wie die Berechen-
bungs-, Reifens- und die ganze Zuspitzungstheorie
überhaupt gefallen ist, bleibt nur der Entwicklungs-
gedanke bestehen, nach dem alle Formen des ökonomischen,
sozialen, politischen und allgemeinen geistigen Lebens sich
entwickeln müssen und die ökonomische Entwicklung die Basis
abgibt für die der anderen. Entwicklung ist aber immer orga-
nische Entwicklung: Organisation, Organisieren aus dem Geiste,
den die Zeit erheischt, den die Einsicht in die ökonomische Not-
wendigkeit gebiert. Die Gesetzgebung, die Staatsgewalt, kann
dabei nichts anderes tun, als die Entwicklung erleichtern

oder erschweren, im übrigen aber kann sie nur hinter der
Entwicklung einhergehen und sügen und ordnen, was sich neu
herausgebildet hat.

Danach bleibt von der sozialdemokratischen Theorie nicht
viel mehr übrig, als lediglich die materialistische Geschichts-
auffassung. Das muß aber den rechtgläubigen „Genossen“ in der
sozialdemokratischen Partei als eine Kezerei der größten Art
erscheinen, wenn in so missachtender Weise die heiligsten Lehren
zum alten Eisen geworfen werden, ein Verbrechen, das jedenfalls
nicht ungerächt gelassen werden darf. Mögen sich die „Genossen“
dieserhalb nur auseinandersetzen! Uns interessiert hier in erster
Linie Fischers Bekenntnis zum Bankrott der sozial-
demokratischen Theorie von der Eroberung der
politischen Macht. Das unentwegte Festhalten an dieser
Theorie seitens der maßgebenden Kreise in der Partei erklärt
auch ihre parlamentarische Unfruchtbarkeit. „Ge-
nosse“ Fischer schreibt nach dieser Richtung:

Zu schwach, um selbst direkt etwas zu schaffen,
setzte man die Hoffnung auf den Zeitpunkt, an dem es der
Bewegung möglich sein werde, die Staatsgewalt zu ergreifen,
und die Agitation wurde hierauf gerichtet. Damit wurde aber
auch ein Glaube an die Allmacht der Staatsgewalt geweckt, der
sich nun auch auf alle gegenwärtige Reformarbeit übertrug und
zur Geringschätzung der positiven Organisa-
tionsarbeit führte. Den gewerkschaftlichen und genossen-
schaftlichen Organisationen wurde eine sehr geringe Be-
deutung beigemessen und zum Teil wurden sie sogar ganz
verworfen. Wie die Manchesterleute und die Anarchisten
in das Extrem fielen, jedwedes Eingreifen der Gesetzgebung
in die soziale Entwicklung für wertlos oder schädlich zu halten,
so vielen die Sozialdemokraten vielfach in das entgegengesetzte
Extrem, indem sie alles von der Staatsgewalt und der
Gesetzgebung erwarteten.

Also ein erneutes Bekenntnis der sozialpolitischen
parlamentarischen Unfruchtbarkeit der „einzigen wahren Arbeiter-
partei“ aus sozialdemokratischem Munde, die sonst aus Agi-
tationsrückfällen von der sozialdemokratischen Presse für ge-
wöhnlich beskritisiert zu werden pflegt!

Wie die Sozialdemokratie sich nun auch immer geben mag,
ob sie die mehr revolutionäre Flagge heraushängt oder ob sie
unser der Fahne friedlicher Organisationsarbeit marschiert, ob
Revolution oder Organisation: in beiden Fällen bleibt
sie unser entschiedenster Gegner. Die Partei, die sich zur mate-
rialistischen Geschichtsauffassung bekennet und aus ihr
die Richtlinien für ihr Handeln entnimmt, bleibt für
uns alleweg der Feind.

Krankenkassenkongress.

Am 11. und 12. Mai fand in den Germaniaäulen zu
Berlin ein Krankenkassenkongress statt, der einen außer-
ordentlich starken Besuch aufwies. Vertreten waren 764
Kassen mit 4781633 Mitglieder durch 1115 Delegierte.
Die Kassen verteilten sich auf 566 Ortskrankenkassen, 25
Zunngskrankenkassen, 96 Betriebskrankenkassen und 77
freie Hilfskassen. Ein Drittel der Delegierten waren Arbeit-
geber. Da wir in Deutschland insgesamt über 11 Millio-
nen Versicherte in den Krankenkassen haben, kann der
Kongress zwar nicht als eine allgemeine Veranstaltung an-
gesehen werden. Den größten Prozentsatz der Vertretenen
bildeten die Ortskrankenkassen mit 4156000 Mitgliedern.
An Mitgliedern überhaupt haben sämtliche Ortskranken-
kassen Deutschlands 5637390. Am schwächsten vertreten
waren die Betriebskrankenkassen.

Der Kongress befaßte sich mit der Reform der Arbeiter-
versicherung und der Selbstverwaltung der Krankenkassen.
Es läßt sich nicht leugnen, daß der gegenwärtigen Arbeiter-
versicherung große Mängel anhaften; Mängel verwalter-
technischer Art, in der Leistung und deren Festsetzungs-
art. Die drei großen Versicherungsarten sind vollständig
voneinander getrennt, und ist ihr Aufbau ein grundver-
schieden. Bei allen Sozialpolitikern und Interessierten
dürfte darin vollständige Einigkeit bestehen, daß, wenn
heute die Arbeiterversicherung noch einmal zur Ein-
führung gelangte, eine derartige Trennung nicht die Zu-
stimmung erlangen könnte. Der enge Zusammenhang
zwischen Krankheit und Invalidität, die Wirkung der Un-
fälle, all das ließ eine engere Zusammenfassung der be-
stehenden Versicherungszweige als wünschenswert erscheinen.
Dieser Meinung ist auch die Regierung, und wurden von
ihre bereits vor einigen Jahren Reformen angekündigt.
Soweit jedoch bis heute Neußerungen seitens der Regierung
über die Reformabsichten vorliegen, scheint vollständige
Klarheit für die einzuschlagenden Wege noch nicht gefunden
zu sein.

Ein bedeutender Umstand tritt jedoch bei all den
bekannten Reformabsichten in den Vordergrund. Er war
auch die eigentliche Veranlassung zu dem jetzigen Kongress.
Es mehren sich nämlich die Stimmen, die bei einer Reform
der Krankenkassen die Selbstverwaltung der Kranken-
kassen ganz aufgehoben wissen möchten. Andere möchten
die Vertretung je zur Hälfte aus Arbeitgebern und Arbeit-
nehmern zusammenlegen, die Arbeitgeber sollen dafür
lieber die Hälfte der Beiträge leisten. Die Regierung hat
dem Verlangen auf Aufhebung der Selbstverwaltung bis

heute kein entschiedenes Nein entgegengesetzt, es besteht
vielmehr die Meinung, daß ihr eine derartige Maßnahme
sympathisch erscheine. Der Grund dafür ist in politischen
Dingen zu suchen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß
die meisten und größten Ortskrankenkassen unter sozial-
demokratischem Einfluß und Herrschaft stehen. Sie hat
die Beamtenkassen der einzelnen Kassen fast durchweg mit
ihren politischen Anhängern besetzt. Auch andere Miß-
bräuche politischer Natur sind vorgekommen. Wenn das
der Referent über die Reform der Arbeiterversicherung,
Herr Bauer, abzutreten versuchte, so ist das aus nahe-
liegenden Gründen zu verstehen, ändert aber nichts an
den Geschehenen und Bestehenden. Wenn er z. B. her-
vorhob, daß die Münchener Ortskrankenkasse als voll-
ständig gereinigt aus den gegen sie erhobenen Vorwürfen
hervorgegangen wäre, dann dürfte er außer den Inter-
essierten allein mit seiner Meinung dastehen. Er ver-
gaß auch zu sagen, daß die Münchener Ortskrankenkasse
auch in diesem Jahre so wie früher ihre Räume am
1. Mai, dem sozialdemokratischen „Weltfeiertag“, ge-
schlossen hielt. Diese Mißbräuche bestehen also. Dem-
gegenüber stehen jedoch das hohe Gut der Selbstverwaltung,
und die unter ihr vollführten Leistungen. Und das kann
nicht bestritten werden, daß durch die Selbstverwaltung
Unvergleichliches im Interesse der Versicherten und damit
der Allgemeinheit geleistet worden ist. Das Interesse an
dem Institut der Krankenkassenversicherung ist durch die Selbst-
verwaltung erheblich gesteigert worden, und hat lieb-
gewordene Gewohnheiten und Einrichtungen geschaffen.
Das würde mit dem Moment der Wegnahme verschwinden.
An seine Stelle würde die Erbitterung über die ge-
nommenen Rechte treten, und die Abneigung gegen die
alsdann eintretende bürokratische Verwaltung nur noch
steigern. Wir würden es als einen der bedauerlichsten
Schritte halten, wenn die Regierung sich zur Beseitigung
der Selbstverwaltung drängen ließe. Es gibt zudem
andere Mittel, um den sozialdemokratischen Einfluß ent-
weder stark einzubäumen, oder ihn ganz zu beseitigen.
Nun hat ja der Kongress selbst die Einführung des Pro-
portionalwahlsystems für die Wahlen zur Ortsranken-
kasse verlangt. Es wurde denn auch in der Debatte hervor-
gehoben, man solle heute schon mit der Einführung des
Proporzses vorangehen. Wie nun bekannt, wurde die seiner-
zeit in der Frankfurter Ortskrankenkasse eingeführte Pro-
portionalwahl von der Behörde für unzulässig erklärt, und
die bereits nach ihm getätigte Vertreterwahl als un-
gültig kassiert. Darauf wies auch der Referent hin, meinte
aber dann, es sei ein unbilliges Verlangen, jetzt schon
in einzelnen Orten die Verhältniswahl einzuführen. Da-
müsse man sich bis zur allgemeinen Einführung gedulden.
Wir halten einen derartigen Standpunkt für bedauerlich,
denn er läßt eine leicht zu vermehrende Absicht erkennen.
Es käme doch darauf an, da der Frankfurter Vorgang um
Jahre zurückliegt, die heutige Stellung der Behörde zu
erfahren; die Bestimmungen des Krankenkassenversiche-
rungs-gesetzes über die Wahl lassen doch auch andere Auslegungen
zu. Mit der Einführung des Proporzses wäre es aber
mit der Alleinherrschaft der Sozialdemokratie vorbei.
Wenn ihr die Arbeiterinteressen höher stehen wie die
Parteinteressen, kann ihr das nur lieb sein. Wenn die
nichtsozialdemokratischen Arbeiter heute auch wohl in den
meisten Orten eine beherrschende Stellung innerhalb der
Kasse nicht erreichen würden, die Möglichkeit der Kon-
trolle wäre aber auch schon ein großer Vorteil. Wir wissen
ja auch, welchen Einfluß die christlichen Gewerkschaften in
praktischen Gewerkschaftsfragen auf die sozialdemokratischen
Gewerkschaften ausüben. Mithin an Stelle einer beab-
sichtigten Aufhebung der Selbstverwaltung die Möglichkeit,
daß die nichtsozialdemokratischen Arbeiter an der heutigen
Verwaltung teilnehmen können.

Nach den zwei gehaltenen Referaten über die Be-
stimmungen zur Reform der Arbeiterversicherung und der
Bedeutung der Selbstverwaltung der Krankenkassen und
deren Gefährdung mit anschließender Diskussion wurden
folgende Beschlüsse angenommen:

I. Organisation. 1. Wenn auch die Zusammenlegung aller
Zweige der Versicherung nach wie vor erstrebenswert ist, so ist
doch vor allem eine organische Verbindung der Versicherungs-
zweige dringlich. 2. Zur Durchführung der gesamten Versiche-
rung sind allgemeine Versicherungsanstalten für räumlich ab-
gegrenzte Bezirke zu errichten. Zur Erleichterung des Ver-
kehrs sollen Zweigverwaltungsstellen je nach Bedarf errichtet
werden. 4. Selbstverwaltung auf breiterer Grundlage.

Für den Fall, daß die Zusammenlegung der Arbeiterversiche-
rung nicht zustande kommt: Zentralfaktion der Krankenkassen-
versicherung; gemeinsame Ortskrankenkassen für die Städte; Bezirks-
krankenkassen für die Landgemeinden unter Aufhebung der übrige
Krankenkassenformen, soweit sie sich nicht auf Gewährung
ergänzender Krankenunterstützung beschränken.

II. Verwaltung. Die Arbeiterversicherung der Versicherten
unter berechtigter Mitwirkung derjenigen, welche zu den Lasten
der Versicherung beitragen. Ausgehend von diesem Grundsatze

sind die Verwaltungskörperschaften so zu organisieren, daß die Versicherten der maßgebende Einfluß eingeräumt wird.

a) Für die Krankenversicherung ist die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Selbstverwaltungsrechts der Krankenkassen unter Beibehaltung der dasselbe beschränkende Bestimmungen (§§ 42, 4, 66a R.-V.-G.) zu fordern. Die Gestaltung der Krankenversicherungsbeiträge in der Absicht, eine paritätische Organisation der Kassenverwaltungen herbeizuführen, ist zu vermeiden.

b) Unfallversicherung. Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung. Die Rentenfeststellung ist einer unparteiischen Stelle unter Beteiligung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu übertragen.

c) Invalidenversicherung. Die Vertretung der Versicherten ist auszugestalten. Die bevorrechtete Stellung der beamteten Vorstandsmitglieder ist zu beseitigen, den Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeber der ausschlaggebende Einfluß auf die Verwaltung einzuräumen.

III. Wahlverfahren. Die in der Arbeiterversicherung tätigen Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber sind in direkter und geheimer Wahl auf Grund des Proportionalwahlsystems zu wählen.

IV. Erweiterung des Kreises der Versicherten. Ausdehnung aller Zweige der Arbeiterversicherung auf alle erwerbstätigen Personen mit weniger als 5000 M Jahresbeinkommen. Für die aus der Zwangsversicherung ausschließenden Personen Zulassung zur freiwilligen Weiterversicherung.

V. Ausbau der Leistungen und Beihilfen. a) Krankenversicherung. Intensive Ausgestaltung der Fürsorge für die Versicherten und ihre Angehörigen auch in bezug auf die Prophylaxe. Den Krankenkassen ist das Recht einzuräumen, für die Betriebe hygienische Vorschriften zu erlassen und die Durchführung derselben sowie der auf Grund der Gewerbeordnung erlassenen Bestimmungen zu kontrollieren.

b) Invalidenversicherung. Ausgestaltung der Invalidenversicherung zu einer Pensions-, Witwen- und Waisenversicherung. 1. Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen, sofern ihr jährlicher Arbeitsverdienst 5000 M nicht übersteigt. 2. Unzulässigkeit aller privaten Ersatzinstitute. 3. Anerkennung der Berufsunfähigkeit. 4. Die Kosten sind zu gleichen Teilen aufzubringen durch das Reich, Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Belastung des Reiches ist aus direkten Reichssteuern zu decken. 5. Die Zahl der Beitragsklassen ist auf zehn zu erhöhen, entsprechend der Erweiterung der Verdienstgrenze.

c) Unfallversicherung. Entschädigung ist zu gewähren: im Falle eines Unfalles, mag derselbe durch die Folgen der Erwerbstätigkeit oder des gewöhnlichen Lebens verursacht sein, wobei chronische Gewerkerkrankheiten als Folgen von Betriebsunfällen anzusehen sind. Die Entschädigungspflicht der Berufsgenossenschaften beginnt mit dem Tage des Unfalls. Die Leistungen sind auszugestalten.

Streitigkeiten. Einheitslichkeit des Rechtsweges für die gesamte Arbeiterversicherung (Schiedsgericht, Reichsversicherungsamt). Gewährung der Rechtshilfe für alle Träger der Versicherung.

„In noch höherem Maße wie die übrigen Arbeiterversicherungsgeetze bedarf die Krankenversicherung der Selbstverwaltung, welche bei ihr ohne jede Schwierigkeit durchgeführt werden kann.“

Die Unterstützungen, welche den Krankenkassen bereits gegenwärtig obliegen, sind derart, daß sie sofort geleistet werden müssen, wenn sie den Zweck erreichen sollen, den Kranken einseitig zur möglichst raschen und nachhaltigen Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit zu verhelfen, andererseits eine verhängnisvolle Schwächung der wirtschaftlichen Lage der Kranken möglichst hintanzuhalten.

Dabei kommt heute noch in Betracht, was bereits in der Begründung des Entwurfs des Gesetzes, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, 1882 ausgesprochen wurde: „Die Voraussetzungen des Krankenunterstützungsanspruches und namentlich seiner Fortdauer sind derart, daß sie nur von solchen Organen mit Sicherheit beurteilt und kontrolliert werden können, welche den in Betracht kommenden Verhältnissen nahestehen und die Voraussetzungen der Unterstützungsansprüche und die Bedingungen ihrer Fortdauer an Ort und Stelle selbst festzustellen imstande sind.“

Es erscheint dringend notwendig, daß die Krankenkassen immer mehr auch eine rege prophylaktische (vorbeugende) Tätigkeit entfalten; je intensiver das geschieht, um so mehr ist auch die Selbstverwaltung auf breiterer Grundlage nötig, da nur sie in der Lage ist, den verschiedenen Lebensstellungen, Beschäftigungen und örtlichen Verhältnissen sachgemäß Rechnung zu tragen.

Eine gezielte, nicht nur im Interesse der Versicherten, sondern zur Förderung der Volksgesundheit notwendige Entwicklung der Krankenversicherung ist nur zu erwarten von großen, korporativen, auf Selbstverwaltung beruhenden Verbänden der Versicherten.“

Mit manchem, was in diesen Leitjahren niedergelegt ist, braucht man nicht einverstanden zu sein, und kann es auch nicht, anderes geht zu weit, als daß es Aussicht auf Verwirklichung hätte. Aber die Beachtung, die das darin brauchbar enthaltene verdient, sollten ihm Regierung und Volkserrettung nicht verjagen. Es wurde ferner eine Resolution angenommen, worin gegen die von den rheinisch-westfälischen Betriebskrankenkassen erhobene Beschränkung, der Kongress sei eine sozialdemokratische Veranstaltung, protestiert wird.

Noch einige Worte über die Zusammenziehung und den Verlauf des Kongresses. Es beruht eigentümlich, hier Sozialdemokraten mit den „Bourgeois“ und Vertretern anderer Anschauungen zusammenzubringen zu sehen. Somit, lehnt es bekanntlich die Sozialdemokratie ab, mit bürgerlichen Sozialpolitikern zusammenzuarbeiten. Ob in diesen Zusammenarbeiten nicht ein „bisher“ Eigenmut, mit Hilfe bürgerlicher Vertreter, die man ja sonst sehr von oben behandelt, die eigene Macht zu erhalten, enthalten ist? Wir möchten's annehmen. Im Vorstand des Kongresses waren, soweit wir es übersehen konnten, außer zwei Arbeitgebern nur Sozialdemokraten vertreten. Die Referate wurden von zwei Sozialdemokraten gehalten. Nur mühsam gelang es dem Referenten Bauer, Ausfälle auf die „Bürgerlichen“ zurückzuhalten. Die Diskussion bewegte sich, abgesehen von einzelnen Geistesblitzen, der „flammen“ Welt mitzuteilen, daß man von so und so vielen Krankenkassen der einzige Vorstand sei, der Sozialdemokrat sei, in sachlichen Bahnen. Aber gründliche Arbeit ist bei solch großen Veranstaltungen kaum möglich. Mancher getraut sich schon gar nicht zu reden, anderem irrt die Majestätsbeugung auffällig in die Erscheinung. Es kann doch keinem Zweifel unterliegen, daß mancher von den anwesenden Arbeitgebern bei ruhiger Überlegung anders über das denkt, wofür er jetzt gestimmt hat. Deshalb soll man derartige Veranstaltungen nicht übersehen. Eigentümlich berührt es, als der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Trappdorff bei der Schließung der „Dornrose“ der Vorkonferenzen meinte, wenn eine sozialdemokratische Verwaltung der Krankenkassen käme, dann brauche auch die Presse mit ihrer

Kritik nicht mehr zurückzuhalten. Daraus kann gefolgert werden, daß die sozialdemokratische Presse nur da Rücksicht wahren läßt, ja über Mängel hinweggeht, wo die betreffende Institution in sozialdemokratischen Händen steht befindet. Die Regierung hatte eine Beschädigung des Kongresses abgelehnt. Eine Reihe politischer Parteien waren durch Abgeordnete vertreten. An dem Kongress nahmen auch einige unserer Mitglieder als Delegierte von Klassen teil.

Rundschau.

Die Auswertung im Hamburger Baugewerbe ist im letzten Augenblicke verhalten worden. Zwischen den Steinmeistern und den Arbeitern wurde ein Einverständnis erzielt und daraufhin der Streik aufgehoben. Ebenso hoben die Bauhilfsarbeiter die bestehenden Sperren auf.

Ueber die Bautätigkeit schreibt die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“:

„Die Bautätigkeit bleibt im laufenden Jahre hinter den beiden Vorjahren erheblich zurück, aber doch war die Belegung im März stark genug, um die Arbeitslosigkeit wesentlich zurückgehen zu lassen. Ganz allgemein kann die Beobachtung gemacht werden, daß in den meisten Großstädten das Baugeschäft erheblich unglücklicher liegt, als in Mittel- und Kleinstädten sowie auf dem platten Lande. Der April, von dem man eine Steigerung der Arbeitsgelegenheit erwartete, hat die auf ihn gesetzte Hoffnung nicht erfüllt. Ob besonders für die Gestaltung der Bautätigkeit der Umstand maßgebend war, daß die Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern noch nicht beseitigt waren, das wird man erst beurteilen können, wenn die Ausweise für den Monat Mai vorliegen. Verfolgt man den Beschäftigungsgrad des Baugewerbes in den verschiedenen Landesteilen, so fällt vor allem eine nicht unerhebliche Besserung in Süddeutschland in die Augen, die allerdings lange nicht genügt, um auch nur den Beschäftigungsgrad der vorjährigen Frühjahrssaison zu erreichen. Besonders hat in Bayern die Zahl der umschäftigten Arbeiter stärker nachgelassen. In München ist durch die bevorstehende Ausstellung sogar ziemlich reichliche Arbeitsgelegenheit vorhanden gewesen; in kleineren Orten wird gleichfalls lebhaft gebaut. Auch in Württemberg, Baden und Hessen hat der März eine kräftige Abnahme des Ueberangebotes gebracht. In den rein ländlichen Gegenden, so vor allem in den preussischen Provinzen des Ostens, wird auch im laufenden Jahre viel gebaut. Auch in Brandenburg mit Ausnahme von Berlin und den Vororten läßt sich das Baugeschäft bis jetzt befriedigend an. Gering war außer in den Großstädten die Frühjahrbelegung in den Zubuttragegenden, hauptsächlich in Rheinland-Westfalen, aber auch in den eigentlichen Industrieorten der Provinz Schlesien. In Hamburg, Bremen und Lübeck endlich läßt sich eine kräftigere Belegung nicht verkennen, die auch im April vorgehalten hat.“

Innungstermin. Höchst enttäuscht sind einige Arbeitgebervereine über den Brief eines Regierungsbaumeisters in Mühlhausen i. E. an den den dortigen Kasernenneubau ausführenden Unternehmer. Der Brief lautet:

„Neubau des Kasernements für ein Regiment Jäger zu Pferde in Mühlhausen E. i.“

Mühlhausen, den 12. März 1908.

Hierdurch wird bei Ihnen angefragt, ob Sie Tarifverträge mit Ihren Arbeitern haben, ob Sie dem Arbeitgeberverband angehören und wie Ihre Stellungnahme zu den Bestrebungen des letzteren ist. Hinsichtlich der evtl. im Laufe des Jahres drohenden Schwierigkeiten mit den Arbeitern wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß wegen der Dringlichkeit der Fertigstellung des Kasernements ein Niederbrechen der Veräumnisstrafen wegen zu später Fertigstellung nicht statifindet. Notwendigenfalls wäre es unter Umständen anzuraten, um Schwierigkeiten mit der Aufsichtsbehörde aus dem Wege zu gehen, lieber aus dem Arbeitgeberverband auszutreten.“

Der Regierungsbaumeister.

Dieser Brief wäre ja nicht erforderlich gewesen, denn für Mühlhausen i. E. besteht ein Vertrag, der bis 1910 läuft. Das war jedenfalls dem Herrn Regierungsbaumeister unbekannt, genau so wie der „Rheinisch-Westfälischen Arbeitgeberzeitung“, welche aus dem Brief folgert, der selbe habe die Interessen der Arbeitgeber in Mühlhausen schädigen müssen. Das war ja nun nicht möglich, aber das sehen wir auf das bekannte Konto der Unkenntnis der „R.-Westf. Arbeitgeberzeitung“. Nun verlangt aber genanntes Blatt, daß die Staatsregierung den betreffenden Baumeister ganz gehörig über seine Pflichten belehrt und dafür sorgt, daß der betreffende Herr in Zukunft derartige Eingriffe in die Rechte der Arbeitgeberorganisationen im eigenen Interesse unterläßt.“

Wir finden, daß genanntes Organ und mit ihm die anderen gar nicht das Recht haben, sich zum Sittenrichter über andere aufzuwerfen. Sie sollen erst dafür sorgen, daß in ihren eigenen Reihen die Maßregelungen von organisierten Arbeitern endlich einmal aufhören. Sie sind besonders im Laufe dieses Frühjahrs (wohl infolge der schlechten Konjunktur) sehr zahlreich. Erst in der vorigen Nummer der „Baugewerkschaft“ berichteten wir von Sauglau, in welcher schäbiger Weise die dortigen Unternehmer unsere Mitglieder aus der Organisation treiben wollen. Über noch weiteres! Aus Respekt wird uns folgendes Rundschreiben zugeandt:

„Freie Baugewerks-Innung, Mühlh., 24. Februar 08.“

An die verehrlichen Herren Innungsmitglieder! Der Steinmetzmeister Herr F. Graf in Sablon ist wahrscheinlich durch fremde Einflüsse veranlaßt, aus unserer Innung ausgetreten und hat im Verein mit anderen Steinmetz- und Steinbildhauer eine besondere Steinmetz- und Steinbildhauer-Innung gegründet. Infolgedessen haben die Mitglieder unserer Innung in der Versammlung vom 21. d. M. beschlossen, den Mitgliedern der Steinmetz- und Steinbildhauer-Innung keine Arbeit mehr zuzulassen.

Wir bitten die verehrlichen Mitglieder, sich streng an diesen Beschluß zu halten und bei Vergabe von einschlägigen Arbeiten jedesmal zu fragen, ob der Betreffende der Steinmetz- und Steinbildhauer-Innung angehört.

Die weiteren Mitglieder suchen wir in Erfahrung zu bringen und werden sie in einer Sitzung bekanntgeben.

Vorsichtsvoll Der Vorsitzende F. Rungenbach Baugewerksmeister.

Ob man sich arbeitgeberseitig auch hierüber enttäuscht, oder ob man das ganz in der Ordnung findet. Wir wissen es nicht, meinen aber, hier sei der Rat doch ein besserer.

Sammlung des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes u. a. auch die Schaffung einer besonderen Beilage des Verbandsorganes für die weiblichen Mitglieder zur Behandlung. Berücksichtigen diese die sozialdemokratische Frauenzeitung „Gleichheit“. Dieser Antrag, der von dem Zentralvorstand des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes ausging, begegnete jedoch heftiger Opposition. Es wurde hervorgehoben, daß der weibliche Frauenagitationskomitee brütle mit der Kommission der freien Gewerkschaften einen Plan zur Gründung einer gewerkschaftlichen Frauenzeitung aus, um damit „Gleichheit“ zu verdrängen. Das könne man nicht mitmachen. Reimers (Arefeld) führte nach dem „Vorwärts“ aus:

„Eine offizielle Frauenbeilage... könnte in ihrer Frequenz Abzügen auf Verdrängung der „Gleichheit“ herbeiführen. Dagegen aber müssen wir ein für allemal heute Stellung nehmen, ganz gleich, von welcher Seite der Angriff gehergt werden. Unsere Arbeiterinnen sollen nicht nur zu Gewerkschaftlerinnen, sondern als Sozialistinnen erzogen werden. Gewerkschaftlerinnen gehen sie uns meistens nach ihrer Verheiratung verloren, als Sozialistinnen aber finden sie dann gerade in der Betätigungsfeld, auf dem sie als Erzieherinnen einer neuen Generation für die Geschicke und die großen Ideale der Partei in der Arbeiterbewegung wirken können.“

Daß damit der politische Zweck über den gewerkschaftlich gestellt wird, ist klar ersichtlich. Der Zentralvorstand geht sich denn auch, und wurde genannter Antrag zurückgezogen. Im Grunde genommen, bleibt es sich ja gleich, denn die „freie Gewerkschaftsblätter“ stehen keinem sozialdemokratischen Blatt nach. Nur die Offenheit, mit der hier gegen die Gründung, und zwar lediglich aus der Furcht, die Partei darunter leiden, vorgegangen wird, verdient bemerkt zu werden. Ein erneuter Beweis für die „Erziehungstätigkeit“ der „freien Gewerkschaften.“

„Der Konsumverein“. Unter diesem Titel geben die Konsumvereine des Rheinr. l. Verbandes in Bonn eine neue Zeitschrift heraus, deren erste Nummer bereits erschienen ist. Der Verfasser ist Kollege Peter Schlaad (Ahn). Ueber die Aufgaben des Organs entnehmen wir demselben, nachdem es auf Wechsel der Zeiten, der alten und neuen Wirtschaftsformen gewiesen u. a. folgendes:

„Unser Organ soll insbesondere den Konsumgenossen dienen, jener Genossenschaftsart, welche die meisten Feinde in allen Ständen und Parteien, ja sogar Feinde in den Reihen hat, welche selbst Anhänger der Genossenschaftslehre sein wollen. Unser Organ soll daher eine scharfe Waffe sein, welche in scharfer aber sachlicher Weise die Angriffe Gegener parieren soll. Es soll aber auch an erster Stelle Genossenschaftsgedanken in unseren eigenen Reihen verteidigen. Es soll selbst Verwaltungen von Konsumvereinen, die ihrem Tun und Lassen, in ihren Beschüssen und Taten nicht recht wenig den echten Genossenschaftsgeist, sondern unglücklichen Kleinräumergeist zum Ausdruck bringen. Da unser Organ positive Aufklärungsarbeit leisten. Unseren Verwaltungen soll in Fleisch und Blut übergeben, daß unsere Genossenschaftsbewegung eine Kulturaufgabe zu erfüllen, welche dahin geht, den Konsumenten selbst einen ausschlaggebenden Einfluß auf die Preisgestaltung des Lebensmittelmärktes zu geben. Daraus ergibt sich, daß bei uns Konsumvereinen keine Krämmer- und Richturmärkte, sondern echt unheimliche Genossenschaftsarbeit geleistet werden muß. Nicht Einzel- sondern Allgemeinwohl, das ist das Ziel unsrer Bewegung.“

Wir begrüßen das neue Unternehmen und wünschen den besten Erfolg. Wir wünschen sogar, daß es zu einer großgelegten genossenschaftlichen Rundschau sich auszuwickeln in ein derartiges Organ selbst in unseren Reihen, waren wir nur auf die Mittelungen aus anderen Reihen angewiesen. Wir möchten daher wünschen, daß das Organ auch Unterstützung unserer Mitglieder findet. Es erscheint monatlich, bei einem Preis von 1 M pro Quartal.

Abwehrmaßnahmen der reinen Walzwerke. Die reinen Walzwerke, d. h. solche, die keine Rohmaterialien selbst stellen, sondern nur diese, sowie Halbstoffe weiterverarbeiten, befinden sich in einer drückenden Lage infolge der verwerflichen Preispolitik der Holz- und Halbstoffverbände. Während Preise für Fertigfabrikate gesunken sind, hatten besagte Verbände die Preise für Holz- und Halbstoffe auf der früheren Höhe; das aber nur für das Inland, für das Ausland geben bedeutend billiger ab. Die Auslandskonkurrenz wird dadurch erheblich gestärkt, ebenso die Konkurrenz der gemischten Betriebe, das sind solche, die sowohl Holz wie auch Fertigfabrikate herstellen. Der augenblickliche Schutz Zoll auf besagte Produkte ermöglicht es obigen Verbänden, diese das Inland schädigende Preispolitik zu betreiben. Wie nun die „Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung“ aus sicherer Quelle erfährt, haben Vertreter aller reinen Walzwerke vor 14 Tagen in Berlin Besprechungen sowohl mit der Regierung wie auch mit Reichstagsabgeordneten aller Parteien über die verwerfliche Politik der Holz- und Halbstoffverbände und über die dadurch hervorgerufene Lage der reinen Walzwerke gepflogen. Die Stimmung der Regierung sowohl als auch ganz besonders die fast aller geordneten soll gegenüber den ungläublichen Maßnahmen Verbände erregt sein. Die Walzwerke haben in bestimmte Forderungen gezogen, ihre Betriebe zu schließen, wenn es der Regierung und dem Reichstage nicht gelingen sollte, die Holz- und Halbstoffverbände zu einer Verringerung ihres Verfahrens bewegen. Damit würden viele Tausende von Arbeitern zahlreicher Gemeinden ihrer Daseinsbedingungen beraubt — a infolge des „Segens der Verbände“ und der bisherigen Zurhaltung der Regierung.

Landarbeiterstreik in Italien. In der Provinz Parma Oberitalien ist es zu einem Generalstreik der Landarbeiter kommen. Die Arbeitgeber sowohl als die Arbeiter stehen gut organisiert gegenüber. Wohl sind die Landarbeiter zwei Parteien gespalten; die Reformisten unter Führung Sozialistenführers Lurati, und die revolutionär gesinnten Sozialisten unter Leitung des Deputierten Dreves. Bei Kämpfen haben die Syndikalistten infolge ihrer schärferen Tonart in der Regel die Führung. Streitgegenstand ist der Lohn und Arbeitszeit, jedoch ist ein tiefer Grund des Kampfes in der Furcht gegen die Latifundien, die immer verlustiger Preise zu drücken, zu suchen. Alle Einigungsversuche scheiterten und kam es zum Kampfe. Derselbe sah anfangs eine schrittweise Verringerung zu nehmen, indem direkte Schädigungen des Eigentums der Grundbesitzer zu befürchten standen. Das wurde glücklich durch die Reformisten abgewendet, der Kampf hat jedoch scheinbar für die Arbeiter eine schlimme Wendung genommen. Ihr Versuch, das Vieh ohne Nahrung zu lassen, über dessen Verschaffung zu verhandeln, wurde durch Arbeitswillige, sogenannte Agrarfreiwillige, illusorisch gemacht. Auch ihre übrigen Forderungen waren von wenig Erfolg. Die Arbeitgeber lehnen jede Verhandlung ab, und so ist der Streik eigentlich zu einer Auszehrung geworden. Wie derselbe enden wird, ist nicht vorauszusagen. Der Kampf bedeutet für Italien eine ungeheure Schädigung. Wirtschaftlich sind die italienischen Landarbeiter sehr schlecht gestellt, daraus erklärt sich

der Anarchismus unter den Landarbeitern Italiens den besten Ausgang finden konnte. Wir können jedoch allen Landarbeiterkreisen wenig Sympathie abgewinnen. Da müßten schon unparteiische Einrichtungen getroffen werden, die in Streitigkeiten zwischen beiden Parteien vermitteln und entscheiden.

Wirtschaftliche Bewegung.

Zugung fernhalten: **Weihenburg i. G.**, Absperrung (Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter), **Kaiserlautern** (Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter). Geplant ist das Baugeschäft **ermann in Bischofsheim, Dstpr., Saalgau, Württemberg.**

Rheinisch-westfälisches Tarifgebiet.

Am 13. und 14. Mai fanden in **Essen a. R.** Verhandlungen zur Schlichtung der noch bestehenden Streitpunkte statt. Das aus den Herren Dr. Wiefelbald-Essen, Daurat Pfeiffhoven-Düsseldorf, eigenordneter Dr. Hartmann-Barmen, Justizrat Hennede-Essen und Professor Hüttner-Essen zusammengesetzte Schiedsgericht fällte am 17. Mai einen Schiedsspruch, dessen Wortlaut wir in nächster Nummer (er ging uns für diese Nummer zu spät) bringen.

Essen. (Stukkateurverhandlungen.) Am 8. Mai fanden die Verhandlungen für das Stukkateurgewerbe im Stadt-Ansaale unter der bewährten Leitung des Herrn Dr. Wiefelbald Fortsetzung. Nach fünfständiger Verhandlung standen sich die Parteien noch in allen wesentlichen Punkten, so in der Arbeitszeit und Lohnfrage, strittig gegenüber. Auf beiden Seiten sollte man nicht nachgeben. Der Herr Vorsitzende machte daher den Vorschlag, die Parteien müßten zunächst einmal in Sondererörterungen eintreten, und zwar sollten sie sich über folgende Punkte klar werden: 1. ob die Vertreter der Arbeiter bereit seien, die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit fallen zu lassen, für das Jahr 1909 eine allgemeine Lohnenerhöhung einzutreten zu lassen. Oder aber, ob die Parteien zweitens bereit seien, die strittigen Punkte durch Schiedsspruch zu erledigen. Nach längerer Beratung erklärten beide Parteien von ihren materiellen Forderungen nicht Abstand nehmen zu können, dahingegen erklärten die beide Parteien bereit, sich einem Schiedsspruch zu unterwerfen. Es wird eine fünfgliederige Schiedskommission, bestehend aus Herrn Dr. Wiefelbald und je zwei von den Arbeitern und Arbeitnehmern zu ernennenden Unparteiischen in den nächsten Tagen den Schiedsspruch fällen.

Bezirk Posen.

Die Absperrung der Maurer und Zimmerer in Argenau ist nach dem Berliner Schiedsspruch sein Ende erreicht. Wertung ist nur, daß die Arbeitgeber diesen Schiedsspruch an sich nicht ändern, daß das vorher mündlich oder schriftlich Versprochene auch gehalten werden muß, und danach erhalten die Argenauer Kollegen eine Lohnenerhöhung von 2 Pf. pro Stunde. Sie finden es auch illoyal gehandelt, wenn Herr Senz von den ausgesperrten vorläufig keinen einstellt. In diesem Sinne sind die Berliner Verhandlungen nicht geführt worden. Wir sind immer der Meinung gewesen, wenn Friede geschlossen wurde, gelte das nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die Arbeitgeber. Wir geben zu bedenken, daß auch wieder andere Stellen kommen und wir reichlich heimzahlen können, was uns heute antut. Ohne Not tun wir das nicht, aber dann verlangen wir auch Loyalität.

Dieses Verhalten der Argenauer Unternehmer hat seinen Niederschlag in dem organisierten Streikbruch des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. Systematisch schob er seine Mitglieder nach Argenau ab. Der Vorsitzende von Herrn Arndt, erklärte unsern Kassierer Lewandowski gegenüber, wenn ihr euch verpflichtet, mit einer Zahlstelle und (dem sozialdemokratischen Maurerverband) überzetreten, werden wir auf telegraphischem Wege die Streikbrecher abberufen. Befragter Arndt hatte, als er diese Erklärung unsern Kollegen gegenüber tat, wiederum eine Kolonne von 12 Maurern bei sich, um sie nach Argenau abzuschieben. Durch diesen Streikbruch wurde den Unternehmern der Rücken stützt und uns die Position erschwert. Die Absicht ging dahin, unsere Zahlstelle durch den Streikbruch zu vernichten, wenn auch die Arbeiterinteressen dabei zum Teufel gingen. Der Argenauer Millionär unterstützten sozialdemokratisch organisierte Maurer gegen arme, in ihre Existenz ringende Arbeiter. Die Dummheit wird schon kommen, dafür sorgen wir.

In **Hohenstaufen** wurde in allen Teilen bis auf einen Punkt die Einigung erzielt. Der geliebte Streitpunkt, Bezahlung der Kauf- resp. Reisezeit, soll durch das einzulassende Schiedsgericht entschieden werden. Nach dem Uebersinkommen beträgt die der Lohn 44 Pf. die Stunde und wird nur die wirklich geleistete Arbeitszeit bezahlt. Bis jetzt wurden 43 Pf. gezahlt.

In **Kempen i. R.** hatten sich die Parteien noch vor den Berliner Verhandlungen geeinigt. Danach gibt es in diesem Jahre eine Lohnenerhöhung von 2 Pf. und im nächsten Jahre eine solche von 1 Pf. Inzwischen scheint den Unternehmern die Zulage leidgeworden zu sein, denn dieselben weigern sich, den Lohn zu zahlen. Den Leuten erzählen sie, der Vertrag sei vom Bunde die Genehmigung nicht erhalten. Wir stellen dem fest, daß uns von dem nichts bekannt ist. Der Vertrag ist seine Gültigkeit und darnach haben sich die Unternehmer wie die Arbeiter zu richten. Der Stundenlohn ist für 1908 33 Pf., 1909 bis 31. 3. 1910 34 Pf.

Merkwürdig erscheint uns das Verhalten der Unternehmer **Schönlank, Fiske und Schwerin.** In den drei genannten Betrieben die Unternehmer keine rechte Freude an einem Vertragabschluss zu finden. Vielleicht bestimmen sich dieselben noch gegen die Ernte darauf; wir sind dann nicht abgeneigt, einen Vertrag zu schließen. Außer in Schwerin kommt der Arbeitsbündnis nicht in Frage. Anders sieht es in **Mogilno** und **Polisch** aus, wo die Arbeitgeber unseres Wissens dem Arbeitsbündnis seit dem 6. März d. S. angehören. Gleich nach dem „Musterarif“ mit dem „Tüchtigen“ erschienenen war, gingen sie mit so großer Energie an die Verhandlungen heran, am 28. Februar d. S., also zu einer Zeit, wo sie noch eigentlich keine Mitglieder vom Bunde waren, legten sie in 5 Städten „Muster“ vor und bahnten sie auch Verhandlungen an. Sie haben sich jedoch anscheinend einen herartigen Schnupfen geholt, daß sie sich bis heute noch nicht davon erholen konnten. Es unsererseits warten daher noch ein Weilchen.

Bezirk Frankfurt a. M.

Eiterfeld. (Steinarbeiter.) Im Laufe dieses Frühjahrs ist es einer Anzahl älterer Verbandskollegen gelungen, etwa 70 bis 75 zählenden Steinarbeiter der Eiterfelder Altwerke bis auf 10 oder 12 zu organisieren. Das ist dem Vorsitzenden der Werke allem Anschein nach sehr unangenehm. Auf Vertrag ist er verpflichtet, jeden Tag ein größeres Quantum Steine zu liefern. Nun ist ihm anscheinend ein Streikgepenst geblieben, das ihm Tag und Nacht keine Ruhe mehr läßt und zu den tollsten Sachen veranlaßt. In seinem Arger über die „unabwägbaren“ Arbeiter, die diesen „Aufwieglern“ nachgehen, nennt er sie „verfluchte Bande“, „verfluchte Gesellschaft“ und so weiter. Am 11. Mai hat er zwei Kollegen entlassen, weil sie in seinen Augen „Aufwieglern“ und „Heber“ sind. 17 Verbandskollegen hat er geschwindig gekündigt, indem er die Namen aufschrieb und in einem Kasten ausging mit dem Ver-

merk, diese würden am 25. entlassen, überhaupt alle, die dem Verband angehören. Am 14. hat er weitere 5 Mann entlassen, und einen zweiten Kasten in den Kasten gehängt, nach dem diejenigen, die bis 16. Mai erklärt hätten, aus dem Verbands auszutreten, weiter arbeiten könnten. Das Brechwerk soll seit einigen Tagen von einem Mann mit einer Finte bewacht werden (wahrscheinlich, damit die Spagen nicht die Pflastersteine fortzuschleppen). Die Aufseher sind mit Revolvern versehen, einer von diesen zeigte ihm dieser Tage seinen Arbeiter, um ihnen „Respekt“ beizubringen. Der Spag wird ihm eine Anzeige einbringen wegen Bedrohung und Tragens verbotener Waffen. Der Herr Geschäftsführer hat sein Werk „fälm“ begonnen, es ist aber sehr leicht möglich, daß er es noch bereut. Mit derartigen Mitteln hält man die Arbeiter nicht von der Ausübung der ihnen gesetzlich zustehenden Rechte ab. Unseren Kollegen obliegt die Aufgabe zusammenzuhalten, und durch ihre Einigkeit alle zur Unterdrückung der Organisation gedachten Pläne zu schanden zu machen.

Bezirk Köln.

Köln. (Dachdecker.) Da am 1. Mai unser Tarif abließ, hatten wir uns auch in den letzten Wochen mit dem Abschluß eines neuen Vertrages zu beschäftigen. Nach längeren Verhandlungen wurde derselbe am 14. Mai in einer Sitzung im „Krispalapalast“ getätigt und beiderseitig unterschrieben. Der nunmehr abgeschlossene Tarif hat Gültigkeit bis 30. April 1911. Die meisten Positionen des bisherigen Vertrages sind auch in dem neuen bestehen geblieben. In punkto Lohn wurde vereinbart, daß die Löhne für Junggesellen im ersten Gesellenjahre auf 42 Pf., im zweiten Jahre auf 47 Pf. und im dritten Jahre auf 52 Pf. bestehen bleiben. Der Mindestlohn für selbstständig arbeitende Gesellen steigt am 1. Mai 1909 um 3 Pf., also von 57 Pf. auf 60 Pf., so daß von diesem Zeitpunkt an der Mindestlohn der Dachdecker und Bauklempner demjenigen der Maurer, Puder, Zementreuer gleichsteht. Diejenigen Gehilfen, welche heute schon 60 Pf. und mehr Stundenlohn beziehen, erhalten am 1. Mai 1910 eine Lohnenerhöhung von 2 Pf. pro Stunde, jedoch nur bis zum Betrage von 65 Pf. Wenn uns auch das Resultat der Festlegung der Löhne, insbesondere der Junggesellenlöhne, nicht befriedigt, so kann doch im allgemeinen gesagt werden, daß ein Fortschritt zu verzeichnen ist, namentlich die Erhöhung des Mindestlohnes auf 60 Pf. kann als Erfolg bezeichnet werden, zumal die Konjunktur keine günstige ist. Unsere Forderung war, einen einjährigen Tarif abzuschließen, mit einer Lohnenerhöhung von 3 Pf. auf den Mindestlohn und 5 Pf. auf die Junggesellenlöhne. Jedoch die Meister sagten, sie müßten unter allen Umständen an einem dreijährigen Tarife festhalten, damit sie in der Lage seien, mit den Baugeschäften, Militärbaubehörden usw. ihre Abmachungen treffen zu können. An uns liegt es nun, den Vertrag mit allen seinen Bestimmungen, namentlich in bezug auf Arbeitszeit und Lohn in sämtlichen Geschäften durchzuführen.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Zimmerer.

Schleiz. Die Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des christlichen Bauhandwerkerverbandes (Zimmerer) am 28. April war gut besucht. Kollege Gewerkschaftssekretär Neumann (Berlin) sprach über das Thema: „Die Entwicklung der Arbeit“. Er verstand es, den Kollegen Interesse abzugewinnen für seinen lehrreichen einständigen Vortrag. Kollege Müller forderte die Mitglieder zu recht eifriger Tätigkeit und Verbesserung, sowie zu stets treuem Versammlungsbesuch auf.

Maurer.

Andernach-Gich. Unsere Verwaltungsstelle hielt am 10. Mai in Gich eine gut besuchte Versammlung ab. Bezirksleiter Kollege Lange gab einen interessanten Bericht über den Verlauf der allgemeinen Lohnbewegung. Die Schilderung über die gepflogenen Bezirks- und zentralen Verhandlungen wirkten begeistern und aufklärend. Die Kollegen erließen dadurch einen ganz anderen Begriff von der Bedeutung der Organisation. Da unser Vertrag auch bis zum Jahre 1910 läuft, werden auch wir dann in den allgemeinen Vertrag und die Bewegung hineinkommen. Anschließend an diesen Bericht kam Kollege Lange auf die Tarifumgehungen in Andernach zu sprechen. Die Firma Croth & Co. geht systematisch dazu über, die christlich organisierten Kollegen zu entlassen und stellt dafür unorganisierte ein. Daß der Lohn in diesem Jahre nach dem Tarif um 3 Pf. erhöht werden mußte, hat der Firma anscheinend nicht gepaßt. Es bedurfte erst einer Beschwerde. Da die Holzarbeiter bei der Firma aus ihrer Organisation ausgetreten sind, hat die Firma bei diesen Leuten, die sich selbst erniedrigen, gewonnenes Spiel. Hier braucht die Firma keine Rücksicht auf die Organisation zu nehmen. Das gefällt ihr und daher möchte sie dies Ziel auch bei den Bauhandwerkern erreichen. Leider ist der größte Teil der bei der Firma Beschäftigten zu rückständig, daß sie um der Gunst willen die Arbeiterfrage schädigen. Gelingt es der Firma, die Organisation aus ihrem Geschäft zu verdrängen, dann werden die Arbeiter schon ihre Sünden an eigenen Leiden zu spüren bekommen, besonders wird sich dieses zeigen, wenn im nächsten Jahre der Lohn tarifmäßig wieder um 2 Pf. erhöht werden muß. Nachdem drei organisierte Kollegen gekündigt bekommen hatten, wurde Kollege Lange vorgelesen. Herr Croth stritt die Absicht, die Entlassung wegen Zugehörigkeit zur Organisation vorgenommen zu haben, entschieden ab. Er begründete die Entlassung mit Arbeitsmangel. Dies Argument ist indes durch das Einstellen von neuen Leuten widerlegt. Auch wurde mitgeteilt, daß Herr Croth den, die um Arbeit nachgefragt, erklärt habe, wenn sie nicht organisiert wären, könnten sie anfangen. Auch der Unternehmer Debel zahlt den tarifmäßigen Lohn nicht. Der „Herr“ Poller, welcher einer der ersten des sozialdemokratischen Maurerverbandes an der Uhr war, erklärt einfach, wer nicht für 40 und 30 Pf. arbeiten will, kann ja aufhören. Kollege Lange berichtete, daß er sowohl an der Baustelle, als auch bei dem Unternehmer Debel selbst vorgeprochen habe. Nach längerer Auseinandersetzung habe sich Debel bereit erklärt, zu tun was möglich sei, um den Lohn zu zahlen. Da nachdem noch kein Lohn tag festgefunden hat, soll derselbe abgewartet werden. Bezüglich Croth & Co. wurde beschlossen, eine Sitzung der Tarifkommission zu beantragen, damit diesem Verhalten der Firma ein Riegel vorgehoben wird. Es wurden dann für die Konferenz in Neuwied ein Delegierter für die Zahlstelle Andernach und einer für Gich gewählt. Die Wahl fiel auf die Kollegen Bruchter und Dornmeyer. Hierauf erfolgte Schluß der anregend, teils stürmisch verlaufenen Versammlung.

Bocholtz und Simpfeld. Sonntag, den 10. Mai, fand in den beiden Orten die monatliche Mitgliederversammlung statt, welche nicht gut besucht waren. Kollege Zimmermann sprach über die kulturelle Bedeutung der christlichen Gewerkschaften. Er betonte, daß die Gewerkschaften Ständeorganisationen seien, dazu bestimmt, die materiellen und kulturellen Interessen des Arbeiterstandes wahrzunehmen. Ihre Erstanzberechtigung werde heute von keinem vernünftigen Menschen

mehr bestritten. In erster Linie seien es die christlichen Gewerkschaften, die danach streben, die materielle Lage des Arbeiterstandes zu heben. Sie treten ein für auskömmlichen Lohn zur ansäandigen Lebensunterhaltung. Ferner seien sie bestrebt, das Ständebewußtsein und die Selbstachtung unter dem Arbeiterstand zu heben, um auch diesem Stande Einfluß und Achtung innerhalb der anderen Stände zu verschaffen. Nicht Sympathiebezeugungen oder Liebeswerbungen sollen die Achtung sein, sondern Gewährung der Freiheit, die auch die anderen Stände für sich in Anspruch nehmen. Er wies ferner darauf hin, daß jetzt besonders bei der schlechten Konjunktur es in erster Linie notwendig sei, daß alle Kollegen in der Organisation seien, um den Tarif in allen Punkten durchzuführen. Die Vorstehenden soll. Franken und Koll. Herberichs ermahnten ihre Kollegen, eifriger wie zuvor die Versammlungen zu besuchen, denn mit dem Beitragsbezahlen allein sei die Pflicht des Gewerkschaftlers nicht erfüllt, sondern ein jeder müsse an dem Ausbau der Organisation mitarbeiten, damit das Ansehen, welches wir durch den 17wöchentlichen Kampf errungen haben, nicht verlorengange. Wägen darum die Kollegen von Aachen und Umgegend in ihrem Eifer und in der Agitation nicht erlahmen, mögen sie arbeiten, bis der letzte Kollege organisiert ist. Mit einem nochmaligen Hinweis darauf, die Versammlungen besser zu besuchen, wurde die Versammlung geschlossen.

Bezirk Danzig. (Konferenzbericht.) Am 10. Mai tagte im Dirschau die Konferenz christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter vom Bezirk Westpreußen. Vom Hauptvorstand war Kollege Meyer aus Berlin erschienen. Als Gäste nahmen teil Herr Gewerkschaftssekretär Schopohl vom christlichen Holzarbeiterverband, Stawiski vom christlichen Metallarbeiterverband, sowie noch einige Kollegen von den Maurern aus Danzig. Delegierte hatten 19 Zahlstellen entsandt. Unentschuldig fehlten die Delegierten der Zahlstellen Pangenau, Pelslin, Kalkau, Elbing, Marienburg, 5 Zahlstellen hatten sich entschuldig, die Delegierten vertraten eine Mitgliederzahl von 1500. Um 11¼ Uhr eröffnete Kollege Müller die Konferenz. Er begrüßte zunächst den Vertreter des Hauptvorstandes sowie die Gäste und Delegierten, richtete eine Mahnung an alle Delegierten, sich an den Debatte kurz, sachlich und ruhig zu beteiligen. Kollege Meyer überbrachte Grüße vom Hauptvorstand, welcher der Bewegung im Osten das größte Interesse entgegenbringe. Als Vorsitzender wurde Kollege Müller, als Schriftführer Kollege Lemke und als Beisitzer Kollege Wittfod gewählt. Zunächst erstattete der Bezirksleiter seinen Tätigkeitsbericht, aus welchem hervorging, daß trotz aller Schwierigkeiten, welche hier in Westpreußen zu überwinden sind, es democh vorwärtsgegangen ist. Das Befinden konnte alles erhalten werden, und 19 Zahlstellen mit 336 Mitgliedern sind bis jetzt neu gewonnen worden. In Kämpfen war das vergangene Jahr reich, durch welche aber auch für einen großen Teil der Kollegen die Lage gebessert werden konnte. Für 1193 Mitglieder ist der Lohn von 2-13 Pf. pro Stunde gestiegen, ein Beweis dafür, daß die geringen Beiträge, welche die Organisation verlangt, hochverzinst den Kollegen wieder zurückgezahlt werden. Zum Schluß richtete Kollege Müller noch einen warmen Appell an alle Delegierten, nunmehr eine intensive Agitation zu entfalten, ferner müßte die größte Sorgfalt auf das Hauskassierenwesen gelegt werden, es dürfe nicht vorkommen, daß Mitglieder zwei bis drei Wochen nicht kassiert werden. Absperrungen dürfen nur mit Genehmigung des Bezirksleiters und Hauptvorstandes unternommen oder mit anderen Organisationen mitgemacht werden. Wir müßten der Öffentlichkeit zeigen, daß wir eine selbständige Organisation sind. Wenn jeder ein eifriger Kämpfer unserer guten Sache wird, muß die Zahl der Mitglieder sich in diesem Jahre verdoppeln. Die Kollegen, die als Delegierte den Bericht über den Stand ihrer Zahlstellen erstatteten, konnten alle die freudige Mitteilung machen, daß es vorwärtsgegangen ist. Kollege Weuster referierte hierauf über das Kassen- und Unterstützungsweisen im Verband und in den Zahlstellen. Derselbe besprach als die Unterstützungsarten, welche der Verband gewährt. Jeder Kollege müßte das Statut studieren und die Vorbedingungen genau erfüllen, welche nötig sind, um diese Unterstützungen zu beziehen. Wenn dieses jeder befolgte, dürfte es nicht mehr vorkommen, daß der Bezirksleiter und Hauptvorstand mit ungenügenden Unterstützungen beschäftigt werden. Nach diesem sprach Kollege Meyer noch über die Verwendung der Sozialkassengelder, tabelte scharf die Unsitte, welche in einigen Zahlstellen bestche, von Sozialkassengeldern Freibier in Versammlungen zu spenden. Dieses Geld soll dazu dienen, in Notfällen die Kollegen zu unterstützen. Kollege Schulz sprach hierauf in ausführlicher Weise über Agitation. Die erfolgreichste und wirksamste ist die Agitation vom Mund zu Mund und die Hausagitation. Redner geißelte scharf die Interesselosigkeit vieler Kollegen, welche wochenlang mit unorganisierten arbeiten, ohne irgend einen Versuch zu machen, diese für uns zu gewinnen. Viele glauben, daß die Agitation nur Aufgabe der freigestellten Kollegen ist. Viele Frauen sind deshalb Gegner der Organisation, weil diese den Wert der Organisation nicht kennen. Diese müßten aufgeklärt werden und denselben gezeigt, was alles durch die Organisation geschaffen worden ist. Sollen wir vorwärtskommen, so schloß Redner, und unsere Lebenshaltung bessern, muß jeder Kollege ein eifriger Agitator unseres Verbandes werden. Anträge hatten die Zahlstellen Neustadt und Poppo (Sektion Maurer) und Danzig (Zimmerer) gestellt. Die Anträge letzterer Orte bezogen sich auf Angelegenheiten, die die Verwaltungsstelle betreffen, und wurden diesen zur Erledigung überwiesen. Der Antrag Neustadt, daß die nächste Konferenz in Neustadt stattfinden soll, wurde einstimmig angenommen. So konnte nach fünfständiger Sitzung der Vorsitzende mit Recht sagen, daß alle Teilnehmer in dieser Verhandlung viel neue Anregungen erhalten haben, diese müßten in ihren Zahlstellen in die Tat umgesetzt werden. Derselbe dankte allen Rednern, welche durch ihre ruhigen und sachlichen Ausführungen bewiesen haben, daß wir nicht bloß nach außen, sondern auch in geistiger Beziehung vorwärts geschritten sind. Besonderer Dank gebühre auch den Kollegen von Dirschau, welche die Vorbereitungen zur Konferenz besorgt haben. An die Konferenz schloß sich eine gut besuchte Versammlung der Bauhandwerker, in welcher Kollege Meyer einen begeisterten aufmunernden Vortrag hielt. Die Diskussion war eine heitere und interessante. Ein Genosse bemühte sich, den christlichen Organisationen verschiedene Schwächen anzudeuten, als er Weise bringen sollte, verließ ihn sein Gedächtnis. Derselbe erhielt die gerechte Abfertigung durch die trefflichen Ausführungen der Kollegen Meyer und Schopohl, sowie einiger anderer Diskussionsredner. Alle Versammlungsteilnehmer konnten vollbefriedigt das Lokal verlassen. Der Vorsitzende schloß mit dem Wunsch, daß die gut verlaufene Konferenz und Versammlung die besten Früchte auch in der Zahlstelle Dirschau zeitigen möge.

Koll. Den 17. Mai. Unsere diesjährige Generalversammlung fand im Lokale des Herrn Bachmann statt. Die Tagesordnung lautete wie folgt: 1. Quartals-Kassenbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Verschiedenes. Castror gab den Quartals-Kassenbericht bekannt, worauf ihn auf Antrag Entlastung erteilt wurde. In den Vorstand wurden wieder resp. neu gewählt: Kollege Reichwein als erster und Koll. Hartmann als zweiter Vorsitzender, als erster Kassierer Koll. Castror, als Hilfskassierer die Kollegen Doll, Hartmann und Engelhardt, Kollege Jung als erster und Kollege Diefenbach als zweiter Schriftführer. Als Bibliothekar wurde dann Koll. Jungelbert gewählt, als Revisoren Koll. Mach und Lupa. In Punkt Verschiedenes gab uns dann Koll. Dag aus Köln einen eingehenden Bericht über die Lohnfrage im gesamten Baugewerbe. Am Schluß der Versammlung ermahnte der Vorsitzende alle Kollegen, eifrig die

Agitation betreiben zu wollen und kräftig für den Ausbau der... Stellen zu wirken.

Rosen. In letzter Zeit sind die sozialdemokratischen Gewerkschaftsagitationen der östlichen Provinzen eifrig bemüht, den christlichen Gewerkschaften allerlei an die Rockschöße zu hängen. Die Christlichen werden für das Vereinsgesetz verantwortlich gemacht, man sucht der Bauarbeiterchaft klarzumachen, daß die Christlichen schuld sind, daß bei den Tarifverhandlungen in Berlin keine größeren Erfolge errungen sind. Erneut stellt man die Christlichen als Streikbrecherorganisationen hin. Letzteres jedenfalls nur zu dem Zweck, um die Schandtaten der Genossen in den östlichen Provinzen zu verschleiern. Um diese Verleumdungen in gebührender Weise zurückzuweisen, wurde unsererseits zu Montag, den 11. Mai, 8 Uhr abends, eine öffentliche Versammlung aller christlich organisierten Bauhandwerker nach dem Hotel de Sachs einberufen. Doch Genosse Schulz, Lokalbeamter des Zentralverbandes der roten Maurer, schien zu ahnen, was auf dem Spiele stand. Hatte derselbe doch alle Ursache zu verhindern, daß wir uns mit seiner Person etwas ausführlicher beschäftigen. Letzterer erschien also mit einem kolossalen Aufgebot seiner Getreuen in unserer Versammlung. Was Genosse Schulz und seine Getreuen im Schilde führten, sollte uns bald klar werden. Nachdem Kollege Franz die Versammlung eröffnet hatte, machte er darauf aufmerksam, die Versammlung sei nur für christlich organisierte bestimmt, da die Genossen aber nun einmal so zahlreich erschienen seien, sollten auch sie zum Wort kommen. Es wurde je einem Vertreter der gegnerischen Organisationen eine Viertelstunde Redezeit gewährt. So lange ging es. Als jedoch in die Tagesordnung eingetreten werden sollte, geschah etwas Unbeschreibliches. Ein Gebraut, das Menagen rasend machen und Steine erweichen konnte, setzte ein. Die Tobsucht schien bei vielen ausgebrochen zu sein. Einer überbot den anderen. Die Augen traten aus den Augenhöhlen, die Stimmen schnappten über. „Faschisten“, „Halunken“, „Verwahrloste“, „Bandiden“, „Strolche“, Worte, die wiederzugeben, die Feder sich kräutelt, schwärzten durcheinander. Dem Schimpfwörterlexikon der Genossen können einige Seiten neu hinzugefügt werden. Viele schienen den Verstand verloren zu haben. Die Versammlung mußte 10 Minuten vertagt werden. Die Reden des Tages bekamen Zeit zur Erholung, zu neuem Sturm. Als die Versammlung wieder eröffnet wurde, setzte dasselbe Spiel von neuem ein. Kein appellieren an den Verstand, an die Bildung der Genossen, zog, immer mehr verfielen die Organe in die reine Raserei. Die Situation wurde immer beschwerlicher. Der überwachende Beamte löste darauf die Versammlung auf, — das Ziel war erreicht. Ein Siegesgeheul setzte ein, daß die Wände erzitterten. Ein großer „Siege“. Würdig der sozialdemokratischen Erziehungsmethode, der sozialdemokratischen Verheerung. Würdig war auch das Verhalten des roten Lokalbeamten Schulz. Nacheinander, sich unzählige Male den Bart streichend, sah er dem Verhalten seiner Bestimmungsgenossen zu, lag es doch in seinem Interesse, daß die Versammlung der Auflösung verfiel. Doch es ist noch nicht aller Tage Abend. Auch den Posener Kollegen werden die Augen noch aufgehen. Es lag ja in unserer Hand, die Versammlung frühzeitig zu schließen, damit dieselbe nicht der Auflösung verfiel. Doch die Posener Kollegen sollten erfahren, wie weit sozialdemokratische Verheerung und Fanatismus geht. Genosse Schulz hat ja die Folgen solcher Verheerung erst kürzlich an eigenen Leibe, von den eigenen Bestimmungsgenossen, erfahren müssen. Unseren Mitglidern möchte ich aber dringend ans Herz legen, zahlreicher die Versammlungen zu besuchen. Nicht glauben, mit dem Beitragzahlen sei alles getan. Nur in den Versammlungen könnt ihr den Wert der Organisationen kennenlernen. Nicht durch Verheerung, nicht durch Fanatisierung werden die Interessen unserer Kollegen vertreten, sondern durch nüchterne, sachliche Behandlung der uns angehenden Fragen. Besucht nur die Versammlungen, die von uns einberufen werden, dann werdet ihr hören und sehen, wie es um die Verleumdungen seitens der Genossen bestellt ist.

Wetzlar. Hier fand am Mittwoch, den 13. Mai, eine Mitgliderversammlung statt. Kollege Hesse (Frankfurt a. M.) sprach über die Lage im Baugewerbe und den Schiedsspruch in Berlin. Der Redner wies auf die Ursache der gegenwärtigen Krise hin, welche das gesamte Wirtschaftsleben befallen hat, und wie die Löhne im Berg- und Hüttenwesen dadurch zum Sinken gebracht worden sind. Alles dieses konnte bei den diesjährigen Vertragsverhandlungen nicht ohne Einfluß bleiben, zumal die Arbeitgeber im Baugewerbe in den letzten drei Jahren sich besonders gut organisiert und mit den übrigen Industrie-Arbeitgeber-Verbänden zusammengeschlossen haben. Letztere wirkten besonders darauf hin, daß keine Verkürzung der Arbeitszeit und keine Lohnerhöhung zugelassen werden solle. Die Arbeitgeber der Groß-Industrie wissen, daß die organisierten Bauarbeiter die Schrittmacher sind in der tariflichen Lohnerhöhung und daher ihren nicht unbedeutenden Einfluß auf den Arbeitgeber-Verband des Baugewerbes ausübten. Unter Würdigung aller Umstände nahmen die Vertreter der Arbeiterorganisationen den Schiedsspruch an, weil in dieser Versammlung die Kollegen nachträglich zugestimmt haben. Versammlungen mit gleichem Thema fanden in Frankfurt a. M., Höchst, Mainz u. a. m. statt, in welchen ebenfalls fast einstimmig dem Schiedsspruch, wenn auch nach längerer heftiger Diskussion zugestimmt wurde. Das bessere Verständnis über die wirtschaftliche Lage veranlaßte die Kollegen, die Zustimmung zu geben. Hoffentlich haben wir bis 1910 bessere wirtschaftliche Verhältnisse, die einen erfolgreicherem Vertragsabschluss ermöglichen.

Steinarbeiter.

Siberfeld. Am 3. Mai fand eine außerordentliche Mitgliderversammlung statt, welche zahlreich besucht war. Der Kassierer erstattete den Kassierenbericht und ersuchte die Kollegen hieran anschließend, sie möchten ihre Beiträge immer pünktlich bezahlen. Kollege Scheich erläuterte in einem Vortrag die Ziele und Zwecke des Verbandes. Er hob besonders die augenblickliche Situation hervor, die für uns von großer Bedeutung ist. Die Schäden der Ueberstunden und der Affordarbeit wurden von Kollegen Abel in treffender Weise gekennzeichnet. Wenn ein Arbeiter 11 Stunden im Steinbruch gearbeitet hat, sollte das doch wahrlich genug sein, und nicht 12-13 oder gar 14 Stunden. Ebenso unterzog er die Krankenkassenverhältnisse mit ihren 80 Pf. Krankenentgelt einer herben Kritik. Alle diese Mißstände können jedoch nur beseitigt werden, wenn die Kollegen treu zusammenhalten und ihre Pflicht im Verbands erfüllen. Bezüglich des Delegiertenwesens wurde der Antrag des Kollegen Bergand akzeptiert. In den Vorstand wurden die Kollegen Glibert und Abel vorgewählt. Mit der Bitte des Vorsitzenden, die Versammlungen immer zahlreich zu besuchen, fand die Versammlung ihr Ende.

Soziale Rechtsprechung.

Bringt ein abgeschlossener Tarif Druckgebranch? Solingen. Obwohl der zwischen dem Baugewerkschaftsverein und den hiesigen Organisationen der Bauarbeiter abgeschlossene Tarifvertrag für Bauhilfsarbeiter einen Stundenlohn von 50 Pf. vorsieht, wurde dem Bauhilfsarbeiter A., der bei der Firma X & Co. hierzulande beschäftigt war, nur ein Stundenlohn von 45 Pf. gezahlt. A. gab sich nicht damit zufrieden und klagte auf Zahlung der Differenz von 15 Stunden im Betrage von 5,90 M. Der Beklagte wehrt, daß er, weil er dem Baugewerkschaftsverein nicht angehört, nicht verpflichtet sei, dem

noch nicht ganz 18jährigen Kläger den Lohn von 50 Pf., den allerdings für gewöhnlich der Bauhilfsarbeiter erhält, zu zahlen. Seiner ständigen Rechtsprechung folgend, erkennt das Gericht jedoch, daß mangels anderer Vereinbarung im Baugewerbe hier allgemein der tarifmäßige Lohn als stillschweigend vereinbart gilt. Da der Kläger jedoch nach der ersten Lohnzahlung nicht die Differenz reklamierte, nimmt das Gericht an, daß er mit dem Lohn von 45 Pf. für die Folge einverstanden war. Ihm wurden daher nur die 5 Pf. für die ersten 59 Stunden mit 2,95 M. zugesprochen. In einer zweiten Klage beruft sich A. ebenfalls auf den Tarifvertrag, den der Inhaber der Firma X & Co. nicht anerkennen will. Kündigungsfrist kennt der Arbeiter nicht, er bestimmt aber, daß dem Arbeiter vor Feierabend von der Entlassung Kenntnis zu geben sei, widrigenfalls der Arbeiter noch für den nächsten Tag ein Recht auf Arbeit bzw. Lohn habe. A. wurde am 25. April erst einige Minuten nach Feierabend entlassen, weshalb er, da er anderweitig keine Arbeit fand, den Lohn für einen Tag beansprucht. Er gab sich im Vergleich mit 2,50 M. zufrieden.

Von den Arbeitsstellen.

Berlin, den 9. Mai. In der Mazien-Allee zu Westend verunglückten zwei Kanalisationsarbeiter tödlich, ein dritter wurde schwer verletzt. Die Verunglückten waren bei der Firma Kuhnert in Charlottenburg beschäftigt, welche die Kanalisationsarbeiten in obengenannter Straße ausführt. Als die drei in einer Tiefe von zwei Metern in gebückter Stellung tätig waren, brach die Einschaltung plötzlich zusammen und wurden sie von den nachfolgenden Erdbmassen begraben. Die sofort vorgenommenen Rettungsarbeiten brachten die Verunglückten zwar schnell aus den Erdbmassen hervor, der eine war jedoch bereits tot, der zweite starb auf dem Transport zum Krankenhaus. Den dritten kochten die Verletzungen zu erhalten. Die Unfallstelle wurde von der Polizei abgesperrt und die beiden Leichen beschlagnahmt. Es soll untersucht werden, ob die Vorsichtsmaßregeln in ordnungsmäßiger Weise zur Anwendung gelangt sind.

Ein furchtbares Baumunglück in Görlich. Man schreibt uns: Ein schweres Baumunglück ereignete sich hier am Sonntag, den 9. d. Mts., nachmittags um 1/4, auf dem Neubau der bereits fertiggestellten Stadt- und Musikhalle, wobei drei Stukkateure aus Dresden und zwei Arbeiter aus Görlich ihr Leben einbüßten. Das ganze Dach des Mittelbaues ist eingestürzt, die Mauern sind zum größten Teil mit eingerissen, die darin arbeitenden Leute unter sich begrabend. 5 Tote, 3 Schwerverletzte und 7 Leichtverletzte hat die Katastrophe als Opfer gefordert. Entsetzlich ist das Unglück, das mit diesem Ereignis über so viele Menschenleben hereingebrochen ist. Tief erschütternd wirkt die Trauer der betroffenen Familien, die ihres Ernährers beraubt sind. Wer die Schuld trägt, wird die Untersuchung ergeben. Die Hauptursache des Einsturzes soll in der zu schwachen Eisenkonstruktion des Daches zu suchen sein. Der Bauherr und Architekt Sehring aus Berlin und der leitende Bauführer Naumann sind verhaftet worden und befinden sich im hiesigen Untersuchungsgefängnis. Die hiesige Feuerwehr beteiligte sich in opferwilliger Hingabe und unermüdlicher Ausdauer an den Rettungsarbeiten. Eine Abteilung vom 19. Infanterie-Regiment traf ebenfalls an der Unfallstelle im Aufschrit ein, außerdem ein Pionier-Kommando. Von ihnen wurde am Montag vormittag der letzte Tote unter den Trümmern hervorgezogen.

Der Tagespresse entnehmen wir über das Unglück noch folgendes: Die Stadt- und Musikhalle wurde im Jahre 1906 begonnen. Ihre Veranschlagung betrug 800 000 M., die Ausführung wurde dem Entwerfer des Planes für den Bau, dem Baumeister Bernhard Sehring in Berlin in Pauschal übertragen. Sehring ist der Erbauer verschiedener hervorragender Bauten. Bei der Vergebung sollen sich jedoch eigenartige Dinge abgespielt haben, und hängt mit diesen der Mißtritt des früheren Oberbürgermeisters Büchling zusammen. Es wurde der Meinung dahin Ausdruck gegeben, die Anlage einem heimischen Architekten zu übertragen. Vor allem wandte sich die öffentliche Meinung dagegen, daß der ganze Bau in Pauschal dem Baumeister Sehring übertragen wurde. Einige leitende Beamte des städtischen Bauamtes legten ihre Ämter nieder, eine allgemeine Stadtverordnetenversammlung beschloß, die Stelle des Stadtoberhauptes neu auszusuchen. Büchling reichte daraufhin sofort sein Pensionsgesuch ein. Die nun folgenden Beamten fanden Sehring mit gebundenen Händen gegenüber. Auffallend war, daß plötzlich im Bauamt eine Reihe Pläne verschwunden waren. Die von Sehring nachgelieferten Kopien sollen schwächere Konstruktionen vorgezogen haben. Die Maurerarbeiten führte der Bauunternehmer Kämpfer (Görlich) aus. Die Aufsicht leitete der von Sehring beauftragte Bauführer Naumann. Die Dachkonstruktion wurde von der Firma Martini & Co. in Sorau hergestellt; von ihr entwarf man auch die statischen Berechnungen. Ob nun die Eisenkonstruktion in sich zusammengebrochen ist, ob sie nicht genügend Auflage hatte, oder ob die Tragpfeiler nicht stark genug waren, muß noch festgestellt werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte die Dachkonstruktion in sich zusammengebrochen sein. Die Eisenkonstruktion hatte ein Eigengewicht von ca. 1200 Zentner. Sie war mit Holzzement abgedeckt und hatte eine Decke von Zementblechen und eine Abdecke zu tragen; ein Gesamtgewicht von ungefahr 13 200 Zentnern. Bemerkenswert ist, daß die Dachkonstruktion für 29 000 M. veranschlagt war, während sie die Firma für 14 000 M. ausgeführt haben soll.

Die Dachkonstruktion wurde von dem Stadtbauamt Ullig in Görlich als zu schwach beantragt. Ein eingefetztes Schiedsgericht beurteilte Sehring, Verstärkungen an der Eisenkonstruktion vorzunehmen. Letztere wurden von der Firma Christoph & Unmad in Kießh ausgeführt, welche jedoch die Verstärkungen nicht angenietet, sondern angeschraubt haben soll, wodurch eigentlich noch eher eine Schwächung eintreten mußte. Bei der Ausführung der ersten Deckenarbeiten machte sich bereits ein Durchbiegen der Dachbinder bemerkbar. Der Baumeister Kämpfer teilte das der Firma Sehring schriftlich mit, allerdings ohne Erfolg. Der Bau war nun bereits fertiggestellt, die Stukkateure waren mit den Stukkarbeiten beschäftigt, als die Katastrophe eintrat. Kurz vorher waren eine Anzahl Arbeiter abgereist. Die Zahl der Opfer wäre sonst eine noch größere geworden. Die Katastrophe folgte vollständig unvermittelt, nichts machte sich vorher bemerkbar, und mit einer Plötzlichkeit, daß es kein Entkommen mehr gab. Das Bild der Katastrophe zeigt eine grauenvolle Verwüstung. Die Eisenballen sind wie Strohhalm gebogen und gebrochen, ganze Mauerstücke wurden mit eingerissen. Die Verunglückten mußten unter den Trümmern hervorgeholt werden. Der Polizei hatte den Lohn zum Ausbezahlen der Leute noch in der Tasche.

Wie bereits oben mitgeteilt, wurden Sehring und Naumann verhaftet. Sehring wurde nunmehr gegen eine Kaution von 80 000 M. freigelassen. Am entsteht die Frage, wer trägt die Schuld an der Katastrophe? Die von den Rechtsbehörden Sehrings herbeigezogenen Sachverständigen gaben ihr Urteil dahin ab, daß die Verantwortung lediglich die Lieferanten des Materials der Dachkonstruktion trifft. Damit dürften sie keineswegs durchbringen. Wenn Sehring den ganzen Bau in Generalentreprise zur Ausführung übernahm, hatte er auch die Verantwortung dafür zu tragen. Mühte er das jämmerliche Ent-

missionsunterbietungsverfahren rücksichtslos zu seinen Gunsten, dann um so schlimmer für ihn. War er als Architekt in der Lage, die Eisenkonstruktion nachzuprüfen, dann muß das durch Sachverständige nachholen lassen. Zumal der Unterschied zwischen der Veranschlagung und dem der tatsächlichen Herstellung ein so abnormer war, daß selbst ein Latein fechtig den mußte. Zu allem treten noch die Beanstandungen und Warnungen hinzu, die einen wirklich stichtbaren Erfolg hatten. Der Leiter der Anlage, Bauführer Naumann, gab wohl verschiedene Bauschulen und auch als Hospitant ein Studium besucht zu haben, ein Examen dagegen habe er gemacht.

So haben fünf Familienväter ihr Leben der Profitsucht der Leichtfertigkeit einzelner Personen opfern müssen. Sie sind schwer verletzt. Wir wissen, daß nicht alle Unfälle vermieden werden können, aber dieser brauchte nicht zu sein. Er sollte Lehre dazu sein, die modernen Konstruktionen mehr beim Überwachen, vor allem aber auch eine verschärfte Bauaufsicht. Rheinbach, den 13. Mai. Beim Aufstellen des Daches an einer neuerbauten Stallung des Landwirts Bauweil Eßig bei Odenorf stürzte ein Teil desselben ein. Verunglückte der 16jährige Wilhelm Merzbach tödlich, zweifere, Schwarz und Schneider, wurden schwer verletzt, ein vierter Vater des Merzbach, erlitt leichte Verletzungen. Merzbach war der Schibel zerkleinert, die beiden anderen mußten, nachdem sie die Bestimmung wiedererlangt hatten, Wagen nach Hause befördert werden. Wer die Schuld an Unglück trägt, konnte noch nicht festgestellt werden.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Die bisherigen Quittungen über eingesandte Gelder die Hauptkasse fallen fort. In Zukunft werden die Quittungen in der „Baugewerkschaft“ veröffentlicht und wöchentlich. Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassier, Fr. Jacobi, Berlin O. 17, Rüberdorfer Str. 60, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist. In der Zeit vom 10. bis 17. Mai sind folgende Beträge eingegangen: Für Beiträge und Eintrittsgelder: Andernach 165 M., Rheda 45,80 M., Bonn 200 M., Hohenalja 342 M., Braunschweig (D.) 18,36 M., St. Johann 450 M., Gutf. 63,98 M., Schwerin 77,30 M., Hüttenleben 12,92 M., Hal. 15 M., Soltau 54,86 M., Neidenburg 57,53 M., Schön. 73,78 M., Dernbach 158,94 M., Bettingen 102,39 M., M. 69,01 M., Göttingen 2,40 M., Emmerich 179,16 M., Bad Meid. hall 8,16 M., Stuttgart 8,65 M., Dirschau (S.) 27,83 M., Majenz 38,65 M., Glabbeek 480 M. Für Verbandsplakate und Karten: Eiden. 8,50 M., Rheine 10,75 M. Für Hauskassiererbücher: Braunschweig 0,15 M., Gutfstadt 0,45 M., Schönlanke 0,60 M. Für Erfaßbücher: Schönlanke 0,15 M., Bad Meid. hall 0,20 M. Für Futterale: Emmerich 3 M. Für Stempel: Emmerich 1,80 M., Göttingen 0,85 M. Beträge 2,35 M., Kosten 2,45 M.

Bekanntmachungen.

Aufforderung von Rheine i. W.

Kollegen, die den Aufenthalt des Arbeiters Johann Hügel geb. 26. Februar 1876 zu Neuß, Rhld. wissen, werden dringend gebeten, denselben dem Kassierer B. Schlee in Rheine i. W. zu benürner Straße 113, mitzuteilen.

Als verloren werden gemeldet die Buch-Nr. 134 938 lautend auf Bernhard Apel von der 3. Stelle Birkungen; die Buch-Nr. 137 223 lautend auf Fritz Grote von der Zahlst. Münster i. W.

Sterbefaßel.

Am 5. Mai starb unser Mitglied Johann Birkenfeld im Alter von 69 Jahren an Lungenentzündung. Zahlstelle Pomburg-Kierdorf. Am 10. Mai starb unser Mitglied Anton Kriese im Alter von 52 Jahren den schrecklichen Tod durch Verhengen. Zahlstelle Schwanring. Am 10. Mai starb unser Mitglied Walter Garder im Alter von 22 Jahren an Lungenentzündung. Zahlstelle Zoppot. Am 11. Mai starb unser Mitglied Josef Geyhardt im Alter von 24 Jahren an Blutvergiftung. Zahlstelle Birkungen. Am 15. Mai starb unser Mitglied Ferdinand Franke im Alter von 25 Jahren. Zahlstelle Heiligenstadt. Ehre ihrem Andenken!

Berlin (Bauhilfsarbeiter).

Am Sonntag, den 31. Mai, nachmittags 4 Uhr, findet Ackerstraße 67 eine außerordentliche Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Stellungnahme bezüglich Einführung eines Ortsstatuts für die Bauhilfsarbeiter Groß-Berlin. 2. Wahl eines Ersatzmannes für den Zahlstellenkassierer Paul Thoral. Da die Tagesordnung von weittragender Bedeutung werden die Kollegen ersucht, vollzählig zu erscheinen. Der Vorstand.

Gesucht

tüchtige christlich organisierte Zimmerleute nach Schwitz. Zu melden: Volksbureau, Rotwandstraße 50, 1. Etage.

Die Beleidigung.

die ich gegen den früheren Kassierer Jos. Wegner der Zahlstelle der christlichen Stukkateure Dortmund und gemacht habe, nehme ich als unwahr zurück. H. Kneber.